Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/520

24. 06. 87

Sachgebiet 7847

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksachen 11/479, 11/518 —

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   — Hauptursache für das Defizit des EG-Haushalts 1987 in Höhe von fast 12 Milliarden DM ist das unverminderte Ansteigen der Kosten für die Agrarmärkte;

   — die Bundesregierung ist durch die Verweigerung einer durchgreifenden Reform der EG-Agrarpolitik verantwortlich für die Finanzkrise in der EG;

   — die Agrarwirtschaft hat einen unmittelbaren Anspruch auf vollständige Befriedigung der ihr nach den EG-Marktordnungsvorschriften zustehenden Forderungen gegen die Bundesregierung.

2. Der Deutsche Bundestag hält den von der Bundesregierung gewählten Weg zur Finanzierung dieser Zahlungsansprüche für bedenklich, weil

   — das Ausweichen auf einen Schattenhaushalt gegen die Regeln der ordnungsgemäßen Haushaltsführung verstößt;

   — Marktstörungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auftreten können, wenn andere Mitgliedstaaten nicht gleichfalls von einer nationalen Finanzierung Gebrauch machen;

   — der Vorwurf der Renationalisierung der EG-Agrarfinanzierung vor allem von den wirtschaftsschwächeren Partnerländern die Verhandlungsposition der Bundesregierung bei dem kommenden Europäischen Rat am 29./30. Juni 1987 zusätzlich belasten kann.

3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß

   — der am besten geeignete Weg zur notwendigen Befriedigung der Ansprüche der Agrarwirtschaft die Verabschiedung eines entsprechenden Nachtragshaushalts 1987 darstellt;

   — ausnahmsweise Kassenkredite zur Zwischenfinanzierung aller Marktordnungsausgaben für das Haushaltsjahr 1987 eingesetzt werden können, soweit die Erstattung dieser Kosten durch die EG sichergestellt ist.

4. Der Deutsche Bundestag hält daher die Befristung der Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1987 für notwendig. Er fordert die Bundesregierung auf, zukünftig eine den Regeln ordnungsgemäßer Haushaltsführung entsprechende Finanzierung der EG-Marktordnungsausgaben sicherzustellen.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333